

## Der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal

Herrn  
Hajo Jahn  
Per E-Mail:  
[hajo.jahn@else-lasker-schueler-gesellschaft.de](mailto:hajo.jahn@else-lasker-schueler-gesellschaft.de)

02. Mai 2011  
Tel. 02 02-5 63-5893  
Fax 02 02-5 63-8020

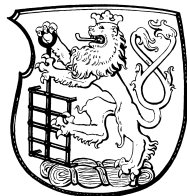
Sehr geehrter Herr Jahn,

ich danke für Ihre unter anderem an mich gerichtete Zuschrift vom 01. Mai 2011, in der Sie sich kritisch im Namen der Else Lasker-Schüler-Gesellschaft bezüglich des am 07. Mai 2011 in der Uni-Halle stattfindenden Kongresses der Palästinensischen Gemeinde Deutschlands (PGD) äußern.

Eine solche Veranstaltung, die in dieser Form schon in verschiedenen europäischen Städten durchgeführt wurde, wirft – nicht nur bei Ihnen – Fragen auf, die auch in Wuppertal erörtert wurden. Tatsächlich ist die Versammlungsfreiheit in unserem Land ein besonders hohes Gut, das zudem durch das Grundgesetz geschützt ist, so dass eine Untersagung dieser Versammlung der PGD letztlich nicht im Raume stand. Gleichwohl sind die Sicherheitsbehörden selbstverständlich über die Veranstaltung und deren vorgesehenen Ablauf umfassend informiert und ich gehe davon aus, dass genau beobachtet wird, welche Signale von diesem Kongress ausgesendet werden und welche Schlüsse daraus gegebenenfalls gezogen werden müssen. Letztlich ist zur Stunde aber offenbar noch unklar, wer seitens des der Hamas zuzuordnenden Personenkreises tatsächlich an der Veranstaltung teilnehmen und zu welchen Redebeiträgen es kommen wird.

Sehr geehrter Herr Jahn, ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie anführen, was immer im Sinne Else Lasker-Schülers war und wofür Ihre Gesellschaft ebenso plädiert: Eine Versöhnung zwischen Juden und Arabern und die Schaffung und Anerkennung eines demokratischen Palästinenserstaates, der in Frieden mit Israel leben muss. In keinem Fall ist das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen! Ich denke, wir sind in der Hoffnung vereint, dass endlich Wege gefunden werden, ein friedliches Nebeneinander in Nahost und ein Leben ohne Angst vor dem Nachbarn zu schaffen. Ohne in die Tiefen der Außenpolitik gehen zu wollen – in diesem Fall wohl mit das schwierigste Terrain, wie die Vergangenheit zeigt: Aktuell ist zwischen den beiden maßgeblichen Palästinensergruppen – Fatah und Hamas – eine Annäherung festzustellen, die zwar, nicht nur vom israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu, kritisch gesehen wird, meines Erachtens aber eine entscheidende Voraussetzung für





## Der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal

eine Wiederbelebung des momentan leider festgefahrenen Friedensprozesses mit Israel darstellt. Es wird dabei nun von entscheidender Bedeutung sein, dass der Streitpunkt Friedensverhandlungen mit Israel, für die die Fatah ist und die bisher seitens der Hamas abgelehnt wurde, zwischen den beiden Gruppen ausgeräumt wird.

Zurück zu dem Kongress in Wuppertal: Ich wünsche mir sehr, dass die Veranstaltung insgesamt – auch in den dortigen Redebeiträgen – eine friedliche wird. Ich meine, eine starke Demokratie muss es aushalten, dass im Rahmen des (verfassungs-) rechtlich Zulässigen auch schwer erträgliche Positionen vertreten werden – schließlich bietet sie auch die Möglichkeit, seine eigene und anderslautende Meinung dagegen zu setzen. Dass dies alles ohne Hass und Angst in unserem Land möglich ist, ist sicherlich eine der allerwichtigsten Errungenschaften.

In diesem Sinne halte ich Ihre Meinungsbekundung und den zum Ausdruck gebrachten Protest gegen die Veranstaltung der Palästinensischen Gemeinde Deutschlands für ein legitimes und deutliches Zeichen, bitte aber gleichzeitig auch um Ihr Verständnis, dass es für eine mögliche Untersagung des Kongresses in der Uni-Halle keine hinreichenden Ansatzpunkte gibt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Jung

